

Kramgasse 2, Postfach 5464, 3001 Bern  
Telefon 031 388 87 87, Telefax 031 388 87 88  
www.bern-cci.ch

Unser Zeichen lg  
E-Mail [lars.guggisberg@bern-cci.ch](mailto:lars.guggisberg@bern-cci.ch)

Per E-Mail an:  
[laura.ezquerro@erz.be.ch](mailto:laura.ezquerro@erz.be.ch)

Bern, 16.05.2017

### **Volksschulgesetz (VSG; Änderung) Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. Februar 2017 haben Sie den Handels- und Industrieverein des Kantons Bern um Stellungnahme zur oben genannten Vorlage ersucht. Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung.

#### **1. Gegenstand**

Der Regierungsrat will eine gesetzliche Grundlage schaffen, damit er Gemeinden, die während der Ferienzeit freiwillige Betreuungsangebote für Schulkinder anbieten, künftig finanziell unterstützen kann. Es ist vorgesehen, dass sich der Kanton mit einem Pauschalbeitrag von 30 Franken pro Kind und Tag beteiligt. Für den Kanton würden sich durch die Unterstützung der Betreuungsangebote während der Ferienzeit jährliche Kosten von ca. 550'000.- bis 1,4 Millionen Franken ergeben.

#### **2. Stellungnahme**

Die Wirtschaft hat grundsätzlich ein grosses Interesse an möglichst guter Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es ist daher zu begrüessen, dass sich der Kanton Bern finanziell massgeblich an Tagesschulen beteiligt und erst kürzlich im Rahmen der letzten Steuergesetzrevision den Abzug von Kinderdrittbetreuungskosten auf Fr. 8'000.- erhöht hat.

Mit Blick auf die Staatsfinanzen erachten wir eine finanzielle Beteiligung des Kantons zur Finanzierung von staatlichen Ferienbetreuungsangeboten jedoch nicht als prioritär, zumal ein Verzicht auf eine Subventionierung nicht per se bedeutet, dass ein Angebot, für welches eine Nachfrage besteht, unterbleibt. Aus unserer Sicht sollen die Gemeinden weiterhin in eigener und ausschliesslicher Kompetenz darüber entscheiden, ob sie, allenfalls gemeinsam mit anderen Gemeinden, eine Ferienbetreuung von Schulkindern anbieten und finanzieren wollen.

Im Kanton Bern bestehen zahlreiche Angebote, wie berufstätige Eltern ihre schulpflichtigen Kinder während den Ferien betreuen lassen können (u.a. Tageseltern, Ferienpass, Berner Ferien- und Freizeitaktion Fäger, Angebote der Kirchen, der Jungschar, der Pfadi, der Jugendarbeit und von Privaten). Angesichts dieser Vielzahl von Möglichkeiten sehen wir keine Notwendigkeit für eine kantonale Finanzierung von staatlichen Angeboten. Die vielen Optionen dürften denn auch dazu geführt haben, dass die Nachfrage nach Angeboten der öffentlichen Hand relativ gering ist. Wir stellen fest, dass bis heute einzig der Kanton Basel-Stadt und lediglich 21 bernische Gemeinden (d.h. knapp 6 % aller Berner Gemeinden) eine Ferienbetreuung anbieten. Ausserdem wurden in verschiedenen Gemeinden Pilotprojekte aufgrund mangelnden Interesses abgebrochen bzw. nicht weitergeführt.

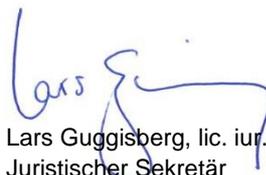
Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Bemerkungen.

Freundliche Grüsse

**Handels- und Industrieverein  
des Kantons Bern**



Adrian Haas, Dr. iur., Fürsprecher  
Direktor



Lars Guggisberg, lic. iur., Fürsprecher  
Juristischer Sekretär